



Bernd Lynack MdL
Wahlkreis 21 - Hildesheim

Wahlkreisbüro:
Osterstr. 39 A · 31134 Hildesheim
Tel.: 0 51 21 / 3 95 52
Fax: 0 51 21 / 69 42 37
info@bernd-lynack.de
www.bernd-lynack.de

Hildesheim, 03.02.2017

Liebe Genossinnen und Genossen,

mit dem ersten Plenum des Jahres sind wir gewissermaßen auf die Zielgerade der 17. Legislaturperiode gegangen und haben damit ein Jahr, das in vielerlei Hinsicht vom Wahlkampf geprägt sein wird, eröffnet. Nachdem Martin Schulz am vergangenen Sonntag offiziell als Kanzlerkandidat der SPD vorgestellt wurde, ist in unserer Partei eine Aufbruchsstimmung spürbar, die sich auch in deutlich verbesserten Umfragewerten im Bund widerspiegelt. Diesen Rückenwind wollen wir auch bei uns in Niedersachsen aufnehmen!

Für uns als stärkste Regierungsfraktion im Landtag muss es das Ziel sein, in den kommenden Monaten die Erfolge unserer Regierungsarbeit immer wieder selbstbewusst nach vorne zu stellen und uns diese Erfolge auch nicht schlecht reden zu lassen! Dazu gehört auch die beitragsfreie Kita, die unser Ministerpräsident Stephan Weil im Zuge unserer Jahresauftaktklausur als ersten programmatischen Schwerpunkt des Landtagswahlkampfes vorgestellt hat.



Wir dürfen jetzt allerdings nicht den Fehler machen, uns dieses wirklich starke Thema von der Opposition und anderen Akteuren zerreden zu lassen! Wir als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten halten unsere Wahlversprechen. Das haben wir unter

anderem mit der Abschaffung der Studiengebühren zu Beginn dieser Legislaturperiode bewiesen! Unser Wort steht: Die Kita wird in Niedersachsen in der nächsten Wahlperiode stufenweise kostenfrei werden – das bedeutet eine große Erleichterung für viele Familien in unserem Land! Wie wir dieses Ziel im Detail umsetzen, darüber wird natürlich mit allen beteiligten Akteuren auf kommunaler und auf Landesebene zu reden sein - aber erst nach der gewonnenen Landtagswahl. Für die Einführung der Beitragsfreiheit werden wir rd. 300 Mio. Euro pro Jahr zur Verfügung stellen müssen. Das geht nicht aus der Portokasse. Deshalb werden wir zu diesem Wahlversprechen auch einen soliden Finanzierungsplan vorstellen. Da unterscheiden wir uns deutlich von der Opposition, die mal eben die sofortige Beitragsfreiheit fordert, ohne einen soliden Finanzierungsvorschlag zu unterbreiten.

Bei dem Thema frühkindliche Bildung brauchen wir uns ganz und gar nicht verstecken, denn unsere Bilanz kann sich hier mehr als sehen lassen: 12.000 zusätzliche Plätze in Kindertageseinrichtungen, Einführung der dritten Krippenkraft und die schrittweise Einführung der dritten Kita-Kraft ab Beginn dieses Jahres, sind nur einige Beispiele neben weiteren Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung in der frühkindlichen Bildung.

Trotz des aufziehenden Wahlkampfs, der für uns alle erst mit der Landtagswahl am 14. Januar 2018 enden wird, geht das Tagesgeschäft im parlamentarischen Betrieb natürlich weiter: Die Bürgerinnen und Bürger in Niedersachsen können sich darauf verlassen, dass wir bis zum letzten Tag dieser Wahlperiode eine sozialdemokratische Politik machen werden, die den Zusammenhalt in diesem Land stärkt und die Interessen aller in Niedersachsen lebenden Menschen im Blick hat. In diesem Sinne möchte ich an dieser Stelle wie üblich auf eine Auswahl der Tagesordnungspunkte der Plenarwoche eingehen:

LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT · LANDTAG KOMPAKT

AKTUELLE STUNDE

Am 17. Januar hat das Bundesverfassungsgericht entschieden, die rechtsextreme NPD nicht zu verbieten. Damit wurde der Verbotsantrag des Bundesrates, den unser Innenminister Boris Pistorius im Jahr 2013 als Vorsitzender der Innenministerkonferenz der Länder eingereicht hatte, abgelehnt. Ich kann nicht leugnen, dass ich insbesondere mit der Urteilsbegründung einige Probleme habe: Zwar attestierten die Karlsruher Richter der NPD erstmals offen verfassungsfeindliche Ziele, allerdings sei die Partei aufgrund ihrer desolaten Organisation und ihrer relativen Bedeutungslosigkeit derzeit nicht in der Lage, diese klar verfassungsfeindlichen Ziele auch umzusetzen.

Wir müssen dieses Urteil selbstverständlich akzeptieren und nun damit umgehen. Die Verfassungsrichter haben aber neben der Ablehnung des Verbotsantrags eine weitere wichtige Bemerkung gemacht: Es stehe dem Gesetzgeber durchaus frei, die Parteienfinanzierung für verfassungsfeindliche Parteien auszusetzen und abzuschaffen. Unser Innenminister hat daraufhin dankenswerterweise schnell gehandelt und eine Bundesratsinitiative auf den Weg gebracht, die genau dieses Ziel erreichen soll: Den Stopp der Zahlungen an alle verfassungsfeindliche Parteien in Deutschland.

Diese Initiative haben wir in der *„Aktuellen Stunde“* unter dem Titel **„Kein Steuergeld für verfassungsfeindliche Parteien!“** im Landtag diskutiert.

Die Opposition hat versucht, sowohl die *„Aktuelle Stunde“*, als auch die *„Dringlichen Anfragen“*, dafür zu nutzen, die Vorwürfe im Zusammenhang mit dem **Missbrauch von Sozialleistungen** durch Asylbewerber_innen, zu skandalisieren. Die Landesregierung habe versucht, die Vorwürfe zu vertuschen, so der Tenor. Fakt ist, dass es offenbar Betrügereien gegeben hat und die Mitarbeiter_innen der Landesaufnahmebehörde Braunschweig sind intensiv an der Aufklärungsarbeit beteiligt. Das haben nicht nur Vertreter des Innenministeriums in der

vergangenen Woche gegenüber dem Innenausschuss dargelegt. Auch Innenminister Boris Pistorius hat dies während der Plenarwoche mehrfach gegenüber dem Parlament erklärt.

Ungeachtet all dieser Klarstellungen liefert die Opposition mit ihren Skandalisierungen den Populisten dennoch Munition gegen die Demokratie. Entgegen den Behauptungen hat es keine Handreichung oder Anordnung an nachgeordnete Behörden gegeben, Flüchtlinge und Asylbewerber_innen nicht zu registrieren. Versäumnisse bei der Registrierung hat es dagegen in den Behörden von Bundesinnenminister de Maizière gegeben. Boris Pistorius und seine Mitarbeiter_innen haben diese Nachlässigkeiten aufgearbeitet und beim Bund auf Veränderungen hinsichtlich einer schnelleren und geordneten Registrierung gedrängt.

Neben diesen und anderen aktuellen Themen haben in dieser Woche noch folgende erste Beratungen von Gesetzentwürfen und Entschließungsanträgen angestanden:

GESETZENTWÜRFE

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Niedersächsischen Bauordnung

Mit dem Gesetzentwurf ändern wir die Niedersächsische Bauordnung (NBauO), um die Vorschriften zur Barrierefreiheit und zum Klimaschutz zu verbessern. Damit schaffen wir die Teilhabemöglichkeit für Menschen mit Behinderungen in allen Lebensbereichen durch eine Erweiterung des Katalogs der barrierefreien baulichen Anlagen. Zudem wird der Klimaschutz durch den Gesetzentwurf gestärkt, da Möglichkeiten zum sparsamen Umgang mit Boden, Wasser und Energie nun auch gesetzlich vorgeschrieben berücksichtigt werden müssen.



ENTSCHLISSUNGSANTRÄGE

Einbruchskriminalität effektiv bekämpfen!

Die Bekämpfungsstrategie der niedersächsischen Polizei gegenüber Wohnungseinbrüchen hat sich bewährt. Erfolgsfaktoren sind insbesondere die Verstärkung der Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen auch über die Grenzen Niedersachsens hinaus, sowie die Ausweitung der Öffentlichkeitsarbeit rund um den Einbruchschutz. Um eine Verstärkung dieser Fahndungs- und Kontrollmaßnahmen sicherzustellen, müssen mehr Polizistinnen und Polizisten durch eine konsequente Aufstockung und Neueinstellung von Personal auf die Straße gebracht werden. Die Polizei in Niedersachsen ist schon jetzt so stark aufgestellt wie nie zuvor in der Geschichte unseres Landes. Auch bei der Ausbildung von Polizeianwärterinnen und -anwärtern sind die Zahlen so hoch wie zuletzt in den 1980er-Jahren.

Diesen Weg werden wir konsequent weitergehen und außerdem die technischen Voraussetzungen auf Seiten der Polizei schaffen, um Einbruchskriminalität in Zukunft noch wirksamer zu bekämpfen.

Doppelte Staatsangehörigkeit erhalten!

Die doppelte Staatsangehörigkeit ist Bestandteil eines modernen und aufgeklärten Staatsangehörigkeitsrechts. Sie wird der Lebensrealität vieler Menschen, die sich in zwei Kulturen und Staaten zuhause fühlen, gerecht. Mit unserem Antrag fordern wir die Landesregierung deshalb auf, sich allen Versuchen, die doppelte Staatsangehörigkeit einzuschränken, abzuwerten oder gar abzuschaffen, entgegenzustellen.

NACHRICHEN AUS DEM WAHLKREIS

18 Schulen im Landkreis Hildesheim erhalten Stellen für Schulsozialarbeit vom Land Niedersachsen. Hintergrund ist eine aktuelle Vereinbarung zwischen der Niedersächsischen Landesregierung und den Kommunalen Spitzenverbänden zum Ausbau der sozialen Arbeit in schulischer Verantwortung.

Im Rahmen des „Schulpakets“ in Höhe von insgesamt 300 Millionen Euro übernimmt das Land diese wichtige Aufgabe der Sozialarbeit in schulischer Verantwortung zukünftig dauerhaft und wird landesweit in den nächsten Jahren insgesamt 1.000 Stellen für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen zur Verfügung stellen. Im Landkreis profitieren auf diese Weise 3 Grundschulen und 15 weiterführende Schulen von der Vereinbarung. Das ist ein Meilenstein für Niedersachsen und das sind richtig gute Nachrichten. Das Land übernimmt Verantwortung, und vor Ort profitieren unsere Schulen von den erfolgreichen Verhandlungen zwischen der Landesregierung und den Kommunalen Spitzenverbänden. Das bedeutet eine große finanzielle Entlastung für unsere Kommune und gibt unseren Schulen endlich Planungssicherheit im Bereich der Schulsozialarbeit.

Durch Beratung und Begleitung der Schülerinnen und Schüler, durch besondere Gruppen- und Freizeitangebote trägt das sozialpädagogische Personal zu einem guten Schulklima bei: Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter haben eine wichtige Rolle bei der Integration von Migrant*innen, weil sie häufig über sehr gute interkulturelle Kenntnisse verfügen und in diesem Bereich spezielle Angebote machen können. Zudem profitiert der Landkreis Hildesheim, weil das Land die Zuschüsse für die EDV-Betreuung durch die Schulträger deutlich aufstockt – auf 11 Millionen Euro ab 2017. Damit wird der gestiegene Bedarf bei der Pflege und Wartung von PCs in öffentlichen allgemein- und berufsbildenden Schulen gerecht.

Auch bei der Finanzierung der Schulverwaltungskräfte werden Städte und Landkreise entlastet: Das Land zahlt für die Mehrbelastungen in den Schulsekretariaten nun erstmalig jährlich 8 Millionen Euro. An einer solchen Vereinbarung haben sich sämtliche Vorgängerregierungen die Zähne ausgebissen. Unsere Landesregierung und die Kommunalen Spitzenverbände haben diesen Gordischen Knoten jetzt aber durchgeschlagen und übernehmen damit gemeinsam Verantwortung für unsere Schulen! Das sorgt für Klarheit, für Verlässlichkeit und für Planungssicherheit an unseren Schulen.

Auch Berufsbildende Schulen erhalten zusätzliche Stellen für Schulsozialarbeit

Landesweit werden 47 neue Stellen geschaffen, die an den Berufsbildenden Schulen die Integration von jungen Geflüchteten unterstützen sollen. Davon wird auch die Walter-Gropius-Schule profitieren und eine der neuen Stellen erhalten.

Die Integration und Ausbildung der zu uns gekommenen jungen Geflüchteten ist eine große Herausforderung vor allem auch für die Berufsbildenden Schulen. Auch dank des beeindruckenden Einsatzes vieler Lehrerinnen und Lehrer ist hier bereits großartiges geleistet worden.



Bereits im Sommer habe ich mich zusammen mit Frauke Heiligenstadt (links) in der BBS Walter Gropius über die SPRINT-Klassen informiert. Rechts im Bild: Schulleiterin Ute Rahlves.

Nach dem Sprach- und Integrationsprogramm SPRINT stärken wir erneut die Schulsozialarbeit. Dass die Walter-Gropius-Schule eine der Stellen bekommen hat, ist eine Auszeichnung der guten Anbindung an die regionale Wirtschaft. Sie bietet so den vielen jungen Menschen eine Perspektive in der Region Hildesheim.

Zum Hintergrund: Die neuen sozialpädagogischen Fachkräfte sollen die berufsbildenden Schulen insbesondere dabei unterstützen, geflüchteten Jugendlichen den Übergang von der Schule in den Beruf zu erleichtern, zum Beispiel über die Zusammenarbeit mit den regionalen Jugendberufsagenturen. Sie stehen außerdem für die Beratung und sozialpädagogische Unterstützung der Lehrkräfte bereit und können auch gezielt für die Einzelfall- oder Familienhilfe zu Rate gezogen werden.

Kultusministerin Heiligenstadt überreicht Bewilligungsbescheide an die Handwerkskammer in Hildesheim

Einen Förderungsanteil in Höhe von 1,6 Millionen Euro hat Kultusministerin Heiligenstadt noch kurz vor Weihnachten an den Präsidenten der Handwerkskammer Hildesheim-Süd-niedersachsen, Delfino Roman, überreicht. Die Landesregierung unterstreiche damit ihr Bekenntnis zum Erfolgsmodell der dualen Berufsausbildung in Niedersachsen, so Frauke Heiligenstadt bei der Übergabe der Förderung im Berufsbildungszentrum der Handwerkskammer. Mit 1.000.000 Euro können Modernisierungsmaßnahmen im Berufsbildungszentrum (BBZ) unterstützt und mit ca. 600.000 Euro die Lehrkraftkostenpauschale in der überbetrieblichen Berufsausbildung deutlich von 31 € auf 35 € je Lehrgangsstunde erhöht werden. Die Zuwendung wird zur Hälfte aus Landesmitteln und zur Hälfte aus Fördermitteln des Europäischen Sozialfonds gewährt. Für die investive Förderung der überbetrieblichen Bildungsstätten, wie dem BBZ in Hildesheim, stellt die Landesregierung darüber hinaus jährlich 3 Millionen Euro an Landesmitteln zu Verfügung.

IM WAHLKREIS UNTERWEGS

Spendenübergabe an die Musikschule Hildesheim

Wie versprochen, habe ich die während meines Weihnachtsstandes vor der Jakobikirche gesammelten Spenden jetzt an den Leiter unserer Musikschule, Detlef Hartmann, überreicht. Am Stand sind rund 100 Euro an Spenden zusammengekommen. Den gesammelten Spendenbetrag habe ich wie in jedem Jahr verdoppelt und konnte so etwas mehr als 200 Euro überreichen.

Es ist wirklich großartig, was die Musikschule für unseren Nachwuchs leistet. Und das nicht nur in der Stadt. Mit der Aktion möchte ich mein Anliegen unterstreichen, dass es auf den unterschiedlichen politischen Ebenen gelingen muss, dieses kulturelle Bildungsangebot auf breitere und gesündere Füße zu stellen.



Volles Haus bei der Veranstaltung „Islamismus, Salafismus, Jihadismus – Wenn der Glaube zum Wahn wird“



Was für ein interessanter Abend! Am 18. Januar habe ich in der vollbesetzten Aula der Grundschulen in der Nordstadt zusammen mit Sozialministerin Cornelia Rundt, dem Professor für Migrationspolitik an der Universität Hildesheim, Dr. Hannes Schammann und Christian Hantel von der

Beratungsstelle beRATen e. V., über präventive Möglichkeiten diskutiert, die einer Radikalisierung entgegengesetzt werden können.

Ministerin Rundt: „Wir sind auf einem guten Weg, brauchen aber einen langen Atem. Von den gut 600 Salafisten in Niedersachsen sind 77 in den Irak oder nach Syrien ausgereist, zehn davon sogar im Rahmen von Hilfskonvois.“ Hildesheim sei zwar ein Hotspot der Szene. Das Problem hingegen sei ein Gesamtniedersächsisches.

Christian Hantel von beRATen e.V. zählte auf, dass die Gründe für Radikalisierung in der Kompensation für einen nicht geraden Lebensweg liegen. „Menschen suchen Halt in der Religion und Radikalisierung ist ein zunehmendes Problem von Konvertiten, also in den meisten Fällen kein Problem von Zuwanderung“. Ebenfalls werden mehr und mehr Fälle von Kinderradikalisierung bekannt.

Prof. Schammann von der Universität Hildesheim: „Muslimische Jugendarbeit darf nicht überfordert werden! Sie ist nicht in der Lage, Deradikalisierung zu betreiben, sondern kann nur dazu beitragen, dass es nicht zu einer Radikalisierung kommt.“

Ich habe den Wunsch der vielen Diskussionsteilnehmer_innen nach einer besseren Vernetzung und einer konkreten Kontaktstelle gleich anschließend in unsere Ratsfraktion getragen. Von hier aus haben wir das Thema aufgegriffen und jetzt einen entsprechenden Antrag auf den Weg gebracht, der nun im Rat auf die Tagesordnung kommen wird. Danke an die Fraktion für die schnelle Realisierung!



Den Fragen der Bürger_innen haben sich Prof. Dr. Hannes Schammann, Christian Hantel und Sozialministerin Cornelia Rundt gestellt.

Mitten im Leben – Tagespraktikum in den Werkstätten der Hildesheimer Lebenshilfe



Der Tag hätte spannender nicht sein können. Ich habe hier nicht nur vielen liebe Menschen über die Schultern geschaut und ein tolles Arbeitsklima erlebt. Es gab auch gleich noch Nachhilfe in Sachen Qualitätsstandards und Logistik.

Am Vormittag habe ich in einem Team, das auf die Fertigstellung von Verpackungsmaterialien spezialisiert ist, mitgearbeitet.

Nachmittags durfte ich dann ein 35-köpfiges Team unterstützen, das für die

Automobilzulieferindustrie tätig ist. Hier werden

Ersatzteil-Sets auf direkte Bestellung des Herstellers für den weltweiten Markt zusammengestellt. Besonders dabei ist, dass die Komponenten nicht nur selbstständig zusammengestellt werden. Sämtliches Zubehör vom Ersatzteil selbst, bis hin zur Verpackung, wird durch das Team selbst am Markt beschafft. Das sind hochkomplexe Vorgänge, die allesamt einer strengen Industrienormen-Zertifizierung unterliegen.

Abgerundet wurde meine Hospitation durch ein gemeinsames Mittagessen mit den Mitgliedern des achtköpfigen Werkstattrats. Gefreut habe ich mich, dass das Gremium in die Arbeit von Geschäftsleitung und Aufsichtsrat eng eingebunden ist und bereits viele Anliegen aus der Belegschaft erfolgreich aufgegriffen hat. Übrigens: Die Hildesheimer Werkstätten hatten schon längst einen Werkstattrat, noch bevor dieses Gremium gesetzlich verankert wurde. Danke für diesen schönen Tag!

Soweit mein Bericht aus Hannover und Hildesheim. Der nächste Plenarabschnitt findet vom 1. bis zum 3. März statt. Danach gibt's dann wieder einen neuen Newsletter. Bis dahin wünsche ich Euch eine schöne Zeit.

Herzliche Grüße

Bed